SchwarzRote Feder

anarchosyndikalistisches Magazin

4 Kosten: etwa 1 €



Inhalt:

Für Arbeiter/innen ist immer Krise

Am 4. Juli 2008 fand im spanischen Ort Tirso de la Molina eine Diskussion statt, zu der das "Syndikat Bildende Künste" der CNT-IAA Madrid eingeladen hatte.

Der Titel lautete: "Für Arbeiter/innen ist immer Krise. Zur wirtschaftlichen Lage: Ursachen, Auswirkungen und Lösungen aus anarchistischer Sicht untersucht". Die Leitung hatte Jose Luis Velasco, Ökonom, Historiker und ehemaliger Generalsekretär der spanischen CNT-IAA.

In einem Artikel in der Zeitschrift 'cnt' vom Oktober 2008 hat Mario Obispo, Mitglied des ICEA (Institut für Wirtschaftswissenschaften und Selbstbestimmung, http://iceautogestion.org) diese Untersuchung für alle, die nicht dabei waren, kurz vorgestellt. Die Notwendigkeit dazu ist offensichtlich.

Leider können wir aus verschiedenen Gründen hier nur eine Zusammenfassung in grober Übersetzung liefern. Aber vielleicht ist es ja für den einen oder die andere ein Ansporn zu weiterer Beschäftigung mit der Materie:

Betrachten wir die wirtschaftliche Lage, so müssen wir feststellen, das es sich um eine strukturelle Krise des Kapitalismus handelt, deren Ursachen und Auswirkungen wir betrachten und Lösungen für das Problem finden müssen. Zunächst müssen wir uns fragen: Warum muss die Regierung die Krise leugnen?

Die privilegierten Teile der Gesellschaft weisen jede Verantwortung des wirtschaftlichen und politischen Systems zurück, das sie verteidigen. Sie haben ein klares Interesse daran das Offensichtliche zu verschleiern und zu leugnen. Außerdem können sie die (dauerhafte, nicht die zeitweise) Krise des Kapitalismus garnicht erklären.

Sie haben zwei Möglichkeiten darauf zu reagieren. Entweder beenden sie ihre Zusammenarbeit mit den aktuell "Schuldigen" und ersetzen sie durch andere. Oder sie ändern ihre Wirtschaftspolitik und lösen die Probleme der ganzen Bevölkerung. Dafür hat sich jedoch keine der herrschenden Institutionen (wie UNO, OECD, EU, Politiker/innen, Banken, Bürokratie, Reiche, Eigentümer/innen) bereit erklärt, denn sie

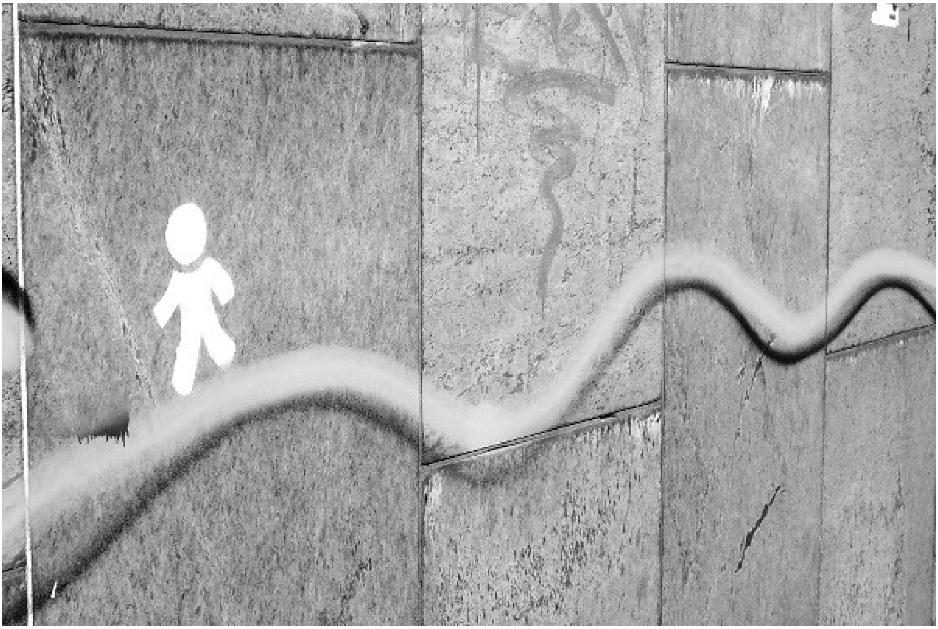
alle verteidigen das Wirtschaftssystem und ihren Status von dem sie persönlich profitieren. […]

Wir sind nicht bereit ein System zu verteidigen, in dem sechs Leute genauso reich sind wie 300 Millionen Menschen.

Und was sind deren Erklärungen für die Krise? Sie sagen, es gäbe ein "Licht am Ende des Tunnels" (Wirtschaftsminister Pedro Solbes). Für sie ist die Krise eine Frage von Angebot und Nachfrage, von Spekulation und Termingeschäften. Auch die "Entwicklungsländer" und ihr steigender Verbrauch werden verantwortlich gemacht, die Geldentwertung (Inflation) anzuheizen. Solche Erklärungen zeigen bloß die kranke und perverse Moral derjenigen, die sie verfassen. Und sie zeugen vom Grad der Entfremdung und Verdummung, den sie der Bevölkerung unterstellen.

Was aber geschieht wirklich? Was wollen sie uns verschweigen?

Zunächst einmal: der Kapitalismus steckt in einer dauerhaften Krise und das war für die Lohnabhängigen schon immer so. Und die Arbeiter/innen waren schon immer die Leidtragenden in dieser Krise. Dieses System hat zwei Seiten - ungerecht und kriminell für diejenigen,



die von der herrschenden Minderheit ausgebeutet werden, die auf Kosten der mehrheitlichen Armen leben.

Ein System in der eine wirtschaftliche Klasse alles steuert und ihre Besitztümer gegenüber dem Rest der Bevölkerung beherrscht, kontrolliert und manipuliert. Das ist der "natürliche" Zustand im Kapitalismus. Wenn sie also erst jetzt von einer Krise sprechen, dann verschweigen sie all jene tagtäglichen Ungerechtigkeiten.

So ist der Kapitalismus! Aber er ist kein Modell für die ganze Welt, in der einige wenige im Überfluss leben, weil Millionen Menschen absolut arm sind. Es ist ein Wirtschaftssystem des Todes. Es ist der katastrophale Kapitalismus der alle zwanzig bis dreißig Jahre sein Produktionssystem selbst zerstört. (…)

Aktuell sehen wir uns einem wirtschaftichen Imperialismus gegenüber, der sich im dauerhaften Kriegszustand um die Rohstoffe befindet. Es handelt sich dabei um eine perfekte Verbindung (Symbiose) aus Staat und Kapital, zwischen Autorität, Herrschaft, Machtkonzentration und Gewalt. Die Wirtschaftstheorie des Kapitalismus ist schön einfach: Militär im Ausland und Aufstandsbekämpfung im Inland.



Den "freien Markt" gibt es nicht, auch wenn alle davon reden.

Der wirtschaftliche, politische, kulturelle und ethische Zusammenhang, in dem diese Krise stattfindet, ist folgender: Der Staat beherrscht die Politik, der Kapitalismus die Wirtschaft, die Medien die (Falsch-)Information und die Religionen die Kultur. Gegen diese Front aus Gott-Staat-Kapital müssen wir den anarchistischen Ansatz von Michael Bakunin stellen: Kein Gott, kein Staat, kein Chef!

Eine neue ethische und soziale Ordnung, die auf wirklicher und nicht auf formeller Gleichheit aufbaut: politische, gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Gleichheit, die davon ausgeht, dass wir freie Menschen voller Würde und Verantwortung sind. Dafür ist es notwendig, dass wir Zugang haben zur Kultur, zum Denken, zur Nutzung des Bewußtseins durch die Methode der Untersuchung (Analyse) zur Lösung unserer Probleme.

Wenn wir die wissenschaftliche Methode der wirtschaftlichen Untersuchung anwenden, um die Dummheit anzugreifen, dann müssen wir uns eine Frage stellen, auf die wir eine Antwort finden müssen. Zum Beispiel die Frage nach der "Subprime-Krise" [der ungedeckten Hypothekendarlehen auf Immobilien]:

Was passiert, wenn sie nicht zurückgezahlt werden? Warum werden sie nicht zurückgezahlt? Warum sinken die Löhne und steigt die Arbeitslosigkeit? Warum passiert das? Warum werden riesige Finanzmittel aufgebracht um Kriege zu finanzieren? Und warum profitieren diejenigen, die die Bevölkerung vertreten sollen, von den Aufträgen für Waffenfabriken und Ölindustrien?

Es ist leicht anzunehmen, dass die Krise der Hypothekendarlehen [in den USA] ihren Ursprung in der Finanzierung des Irak-Kriegs zu suchen ist, der die Verfügbarkeit von Öl vergrößert hat, was andererseits die Preise für Lebensmittel ansteigen ließ. Dadurch wurde diese Krise (und der Krieg) auf den Rest der Welt ausgeweitet.

Wenn wir andererseits die Lage im spanischen Staat untersuchen, dann stellen wir fest, dass "unsere" Krise nicht durch internationale Ereignisse verursacht wurde, sondern durch die Regierung. Diese Krise hat ihren Grund in dem Produktionssystem, in dem System des Wachstums, verursacht durch den Kapitalismus. Es ist eine Krise der

Überproduktion. Die Auslöser für diese Krise lassen sich am besten anhand der Wohnsituation untersuchen: Häuser ohne Leute, Leute ohne Häuser. Hierbei profitieren nicht diejenigen, die die Häuser gebaut haben. Und die, die sie besitzen, waren an der Produktion nicht beteiligt. Auf diese Weise ist der Kapitalismus ein System der Verwirrung, der Ungerechtigkeit, der Irrationalität, das nicht nur auf der Trennung in gesellschaftliche Klassen aufbaut, sondern auch auf dem Privateigentum, das diese hervorbringt.

Dieses Wirtschaftsmodell ist auf keinen Fall ein Modell oder Vorbild.

Es benötigt schlagende Argumente vonseiten derjenigen, die unter ihm leiden: der Arbeiter/innen. Die Lösung, die vom Anarchismus hervorgebracht wurde, ist die Zerstörung des Kapitalismus, nicht dessen Erneuerung, Anpassung oder Heilung. Aber wir müssen nicht nur den Kapitalismus zerstören, sondern auch dessen Stützen: Staat und Religion.

Und wir müssen stattdessen den freiheitlichen Kommunismus aufbauen, der durch die Untersuchung der Bedürfnisse und Wünsche der Einzelnen und der Gemeinschaften die Wirtschaft (gr.: oiko-nomos) versteht. Wir müssen Formen der Bedürfnisbefriedigung finden, die in ihrem Aufwand an Zeit und Arbeit wirkungsvoll sind, im Gleichgewicht mit der Umwelt und nach dem ehrlichen Prinzip: Von allen nach ihren Fähigkeiten und für alle nach ihren Bedürfnissen.

Dazu müssen wir uns jenseits von Staat und Regierung politisch organisieren, denn wir wollen keine Herrschaft des Menschen über den Menschen. Eine Organisation ohne Kapitalismus und Ausbeutung in einem ideologischen und kulturellen Umfeld, das auf Wissenschaft, Verstand und Logik aufbaut.

Wir kämpfen für eine Gesellschaft der gleichen Interessen, ohne Verteilungskämpfe, eine endgültige Gesellschaft der Gleichen.

Um das zu erreichen benötigen wir das Werkzeug der Klasse aller Arbeiter/innen: eine Gewerkschaft. Eine Gewerkschaft, in der die Grundsätze des Anarchismus in die Tat umgesetzt werden und in der eine soziale Ethik immer einen Ausgleich zwischen dem Zweck und den Mitteln sucht. In dieser Gewerkschaft können wir die praktische

Erfahrung sammeln, die wir benötigen, um für eine neue Gesellschaft zu kämpfen.

Wenn wir daran denken, spüren wir die Kraft der Wirtschaft für den freiheitlichen Kommunismus: Was das Geld betrifft, so muss es als Mittel der Kapitalanhäufung (Akkumulation) abgeschafft werden. In einer libertären, also freiheitlich-anarchistischen, Wirtschaft sind diejenigen, die produzieren auch diejenigen, die konsumieren. Sie stellen nur das her, was auch benötigt wird, nicht wie im Kapitalismus, wo die hergestellten Waren gekauft werden oder auch nicht. Das Geld hat dann keine Funktion mehr als Mittel der Reichtumsvermehrung, sondern nur noch als Werteinheit zur statistischen Ermittlung von Produktion und Verteilung, sowie zur Ermittlung der Arbeitsstunden.

Aber wie sollen wir die neuen Fabriken aufbauen? Zum Beispiel in einer Art wirtschaftlicher Fürsorge, die am Konsum, an den Bedürfnissen und an der Praxis orientiert ist. Und dadurch, dass das Verhältnis von Anarchismus und Markt ausschließlich durch einen Austausch der Produkte bestimmt wird, der durch die Vermittlung von Gemeinschaftshäusern, Großlagern und Verteilungszentren stattfindet.

Dort werden die verschiedenen Produkte unter den Bedürftigen aufgeteilt. Der Kampf gegen den Kapitalismus muss an allen Fronten geführt werden, auch in der Ideologie. Und daher auch in der Gewerkschaft, die sich verwandelt in eine Fabrik der Ideen und Diskussionen - in der wir Antworten auf Kapitalismus, Staat und Religion gedeihen lassen - den Anarchismus.

Zusammenfassend übersetzt aus:
'cnt', nr.349, Oktober 2008,
Zeitung der **CNT-IAA**, http://www.cnt.es

Internationale Arbeiter/innen-Assoziation (IAA),
http://www.iwa-ait.org

Übersetzung:
Anarchosyndikat Köln/Bonn, http://anarchosyndikalismus.org

Erläuterungen:

EU:	Europäische Union
Hypothek:	Pfandrecht an einer Immobilie (Haus oder Grundstück) gegen Kredit
OECD:	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Spekulation:	riskanter Handel in der Hoffnung auf kurzfristige Wertsteigerung
Subprime-Krise:	Zusammenbruch der privaten Hypothekendarlehen in den USA 2007
Termingeschäft:	Handel mit einem zeitlich festgelegten Güterpreis
UNO:	Organisation der Vereinten Nationen



Ein Widerspruch im Herzen des Chaos

Die Regelung der globalen Finanzmärkte zur Konjunktursteuerung ist ein Reinfall

Es scheint, dass die Regierungen der Welt den totalen Zusammenbruch des Kapitalismus gestoppt haben. Aber auch wenn er sich wieder erholt, die einzusparenden Kosten werden hoch sein.

Und wir - die Klasse der Arbeiter/innen - werden dafür in den nächsten Jahren bezahlen müssen mit Arbeitsplatzabbau, Lohnkürzungen und der Kürzung öffentlicher Leistungen. Doch das ist nicht unsere einzige Sorge. Es ist höchst wahrscheinlich, dass der Kapitalismus in Zukunft erneut kopfüber in die Rezession (1) stürzt.

Kopfüber in die Rezession

Die aktuelle Krise wird so dargestellt, als ob sie der Fehler von gierigen Bänker/innen gewesen wäre, genauso wie die Dot-Com-Krise (2) als der Fehler von gierigen Investor/innen dargestellt wurde. Jedenfalls ist dieses Versagen ein Anzeichen für ein tiefer liegendes Problem eines Systems, das in den letzten 30 Jahren immer unbeständiger und krisenanfälliger geworden ist. Wenn dieses Problem nicht gelöst werden kann, ist die nächste Krise nur eine Frage der Zeit.

Alle Regierungen scheinen sich dessen bewusst zu sein und scheinen zu akzeptieren, dass die Weltwirtschaft nicht von einer durch Schulden verursachten Krise in die nächste taumeln kann. Es gibt auch breite Übereinstimmung darüber, dass die Märkte nicht sich selbst überlassen werden dürfen und dass eine stärkere Regelung die Lösung sei.

Doch hier liegt das Problem. Der Kapitalismus ist ein weltweites System, sodass zur Verhinderung von Instabilität (3) ein angemessenes internationales Finanzmanagement und eine gemeinsame Währung nötig sind. Doch die Nationalstaaten der Welt haben Angst um den Schutz ihrer eigenen Interessen, die oft denen des globalen Kapitalismus entgegenstehen.

Britannien ist ein gutes Beispiel dafür: Die Wirtschaft ist in hohem Maße abhängig von der Finanzbranche, die wiederum selbst abhängig von

ungeregelten Finanzmärkten ist. Also handelt die britische Regierung im Interesse der Finanzbranche und wird jede bedeutende internationale Regelung verhindern wollen.

Dieser Widerspruch ist natürlich nicht neu. Er ist ein Grund dafür, warum der Kapitalismus so instabil ist und warum es niemals ein wirksames internationales Finanzmanagement gegeben hat. Jedoch kam es im Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg (4) nur deshalb zu einer der stabilsten Phasen des Kapitalismus, weil die Vorherrschaft der USA es erlaubte, ein weltweites System zur Regelung der Finanzmärkte einzuführen.

Keine festen Wechselkurse

Dieses System von festen Wechselkursen, das Bretton-Woods-System (5), machte den US-Dollar praktisch zur Weltwährung. Der gesamte Welthandel wurde in Dollar verzeichnet, weshalb jedes Land Dollar kaufen musste, um Außenhandel zu betreiben. Mit dem Rückgang der US-amerikanischen Wirtschaftsmacht wurde es zunehmend schwierig den Dollarpreis zu verteidigen. Im Jahr 1973 wurde der Dollar wieder auf den internationalen Finanzmärkten frei gehandelt und das Bretton-Woods-System brach zusammen.

Die Wurzeln der aktuellen Krise liegen in diesem Zusammenbruch, weil er den Weg frei gemacht hatte für umfangreiche Währungsspekulation (6). Denn schließlich konnte man nicht auf Wechselkursschwankungen wetten, als diese Preise noch festgelegt waren. Der Devisenhandel stieg dramatisch an und führte zu der heutigen Situation, dass riesige Geldsummen auf der Jagd nach noch höheren Gewinnen andauernd zwischen den Währungen hin- und her geschoben werden.

Der Zusammenbruch von Bretton Wodds hatte auch andere Auswirkungen. Firmen, die international Handel treiben, mussten mit den Wechselkursschwankungen irgendwie umgehen, die ihre Gewinne auslöschen könnten. Aus Verzweiflung darüber griffen sie auf Derivate (7) zurück, um sich gegen zukünftige Wechselkursschwankungen abzusichern. Dadurch konnten sie sicher handeln in dem Wissen, weil sie dagegen abgesichert waren, dass ihre Gewinne aufgrund von künftig veränderten Wechselkursen geschmälert würden.



Spekulation mit Derivaten

Bald führte dieses Geld, das aus solchen Termingeschäften entstand, zu neuen Formen von Derivaten. Im Jahr 1973 entstand eine Formel mit der es Spekulant/innen erlaubt wurde, auf künftige Warenpreise zu wetten. Das führte ab 1975 zu einem Handel mit künftigen Zinsraten (8). Im Bretton-Wodds-System war ein Handel mit Derivaten so gut wie unmöglich; im Jahr 2006 hatte der weltweite Handel einen Umfang von schwindelerregenden 700 Billionen Dollar erreicht (9).

Der Zusammenbruch von Bretton-Woods führte daher zu der heutigen Casino-Kultur, die auf den Weltmärkten vorherrscht, aber nur ein Zeichen für die lasche internationale Regelung des Kapitalismus ist. Wenn sie jetzt von mehr Regelungen sprechen, beschränken sich die Politiker/innen nur darauf, das System zu ändern anstatt dessen Ursache. Das kommt daher, weil sie genau wissen, dass jeder Versuch, ein gemeinsames internationales Regelungssystem aufzubauen, bald mit den konkurrierenden Interessen der nationalen Regierungen in Konflikt kommen würde.

Nationalinteressen statt Regulierung

Die Versuche, den Handel mit Derivaten zu regeln, haben dies bestätigt. Obwohl sich alle einig sind, dass diese Art von Handel verrückt ist, wird nichts dagegen unternommen. Wie gesagt, dieser Handel versichert die Unternehmen gegen zukünftige Risiken. Ohne ihn können sie keine Geschäfte machen. Wie sollte man also Regeln gegen Spekulation einführen, ohne dadurch die Unternehmen bei ihren Geschäften zu stören? Das geht nicht.

Eine wirkliche Lösung wäre es, durch Regelungen das Risiko aus dem System auszuschließen. Zum Beispiel würde ein festes Wechselkurssystem bedeuten, dass es für die Firmen keinen Grund mehr gäbe mit Finanzderivaten zu handeln.

Chinas Einfluss auf Zinsen



Es gibt ein weiteres Hindernis für jede brauchbare Regulierung: der Aufstieg Chinas. Der chinesische Staat beutet seine Arbeiter/innen aus, um gewaltige Mengen billiger Exporte herzustellen. Dann verleiht er riesige Geldbeträge an den Westen, besonders an Britannien und die USA, damit diese Güter gekauft werden. Die chinesischen Billigimporte haben im Westen dazu beigetragen, dass die Geldentwertung niedrig zu halten.

Das hatte im Gegenzug zur Folge, dass die Zinssätze niedrig gehalten wurden. Der krönende Abschluss war, dass diese Niedrigzinsraten in Verbund mit den Krediten aus

China es ermöglichte, den Kreditpreis unten zu halten. Und diese Verfügbarkeit von billigen Krediten hatte die Spekulationsblase hervorgebracht, die die aktuelle Krise hervorgebracht hat.

Die Logik schreibt vor, dass Maßnahmen getroffen werden sollten, damit dies nicht wieder geschehen könne. Aber es liegt im nationalen Interesse sowohl Chinas als auch der USA, dass die Geschäfte so schnell wie möglich wieder weitergehen. Daher werden beide Staaten jede Art der internationalen Regelung zurückweisen, die den weltweiten Kreditfluss einschränken könnte.

Mehr Regelungen sind jedoch nicht die Lösung, auch wenn es so einfach erscheint. Eine harte Regelung der weltweiten Finanzmärkte würde bedeuten, dass die Staaten ihre nationalen Interessen zugunsten der Weltwirtschaft als höherem Gut vernachlässigen müssten. Und das wird nicht passieren.

Keine Weltmacht in Sicht

Eine einzige Möglichkeit gäbe es, wenn ein einzelnes Land die wirtschaftliche und militärische Macht erobern würde, um das durchzusetzen, so wie es die USA nach dem Zweiten Weltkrieg getan hatte. Aber auch das wäre nur vorübergehend und ist - jedenfalls in der überschaubaren Zukunft - nicht wahrscheinlich.

Was wird also geschehen? Es gibt noch eine Möglichkeit, dass die aktuellen Maßnahmen zur Rettung der nationalen Finanzsysteme versagen und die Welt in eine lange und tiefe Depression (10) rutschen wird. Es scheint jedoch wahrscheinlicher, dass der kräftige Zuschuss öffentlicher Gelder die Weltwirtschaft langsam aus dem Abschwung herausziehen wird. Das wird dann gefolgt von langfristigen Sparmaßnahmen bei staatlichen Leistungen, denn das geliehene Geld muss ja irgendwie zurückgezahlt werden. Wenn also die öffentlichen Ausgaben zurückgefahren werden, wird ein Druck auf den privaten Konsum entstehen, der die Lücke füllen soll.

Neue Kredite - neue Krise

An diesem Punkt wird sich all das Gerede über mehr Regelungen als das herausstellen, was es ist - nur Geschwätz. Ohne eine wirksame Regelung ist es sehr wahrscheinlich, dass das Kreditfass wieder

angezapft wird. Das wird zu einer Spekulationsblase führen, die langfristig wieder in eine schlimme Finanzkrise führen wird.

Was können wir als Arbeiter/innen überhaupt tun? Nun, wir sollten zunächst alle Honnfung auf Regelungen und Politiker/innen aufgeben. Auch nützt es nichts, wenn Arbeitnehmervertreter/innen im Aufsichtsrat von verstaatlichten Banken sitzen, wie manche Linke es fordern. Solche Ansätze werden nichts bringen. Die Anfälligkeit der Wirtschaft entsteht durch den Widerspruch zwischen den Interessen der Kapitalismus als einem weltweiten System einerseits und denen der Nationalstaaten andererseits. Das können wir nur überwinden, wenn die Nationalstaaten verschwinden, aber darauf sollte man nicht wetten.

Kapitalismus pur - Widerstand jetzt

Wir müssen also erkennen, dass die Zeit des sozialdemokratischen Konsens (11) vorbei ist, der auf der Idee von Vollbeschäftigung in einer stabilen Wirtschaft aufgebaut hat. Der Kapitalismus hat aufgrund seiner vielen Widersprüche zu seinem Ursprung zurückgefunden: ein System, das für Aufstieg und Niedergang anfällig ist, mit allen Folgen, die die Klasse der Arbeiter/innen austragen muss.

Kurzfristig müssen wir um jeden Job kämpfen und uns gegen jede Kürzungsdrohung bei Löhnen und öffentlichen Leistungen zur Wehr setzen. Dieser alltägliche Kampf muss verbunden werden mit der Idee, den Kapitalismus anzugreifen. Er soll ersetzt werden durch ein System, das auf der Kontrolle durch die Arbeiter/innen aufbaut und auf der Befreiung des Menschen.

aus:
Direct Action, Nr. 47 / Sommer 2009,
Magazin der **Solidarity Federation** (SolFed - IAA),
http://direct-action.org.uk

Internationale Arbeiter/innen-Assoziation (IAA),
http://www.iwa-ait.org

Übersetzung und Anmerkungen:
Anarchosyndikat Köln/Bonn, http://anarchosyndikalismus.org

Erläuterungen:

1) Wirtschaftsabschwung, Rückgang der Umsätze bzw. Ausgaben
2) Zusammenbruch des "Neuen Marktes" für überbewertete Internet -Aktien im März 2000
3) Nichttragfähigkeit, drohender Zusammenbruch
4) Das "Wirtschaftswunder" in Westdeutschland dauerte etwa von 1949 bis 1973
5) goldpreisgestützter Internationaler Währungsfonds (IWF/Weltbank) von 1944 bis 1973
6) Handel mit Landeswährungen (Devisen) im Gewinninteresse durch Kursschwankungen
7) riskante Spekulation auf veränderte Grundpreise (Aktien, Rohstoffe, Zinsen)
8) Zinsderivate, Termingeschäfte mit Grundwerten von veränderlichen Zinsen (CDS)
9) das globale Marktvolumen der Derivate im Jahr 2009 betrug 600.000 Milliarden Dollar
10) schwere Wirtschaftskrise nach einem Abschwung (Rezession)
11) Übereinstimmung, eine von allen getragene Meinung



Kürzung der Staatsausgaben
- Tatsachen und Möglichkeiten

Die großen politischen Parteien sind sich einig, dass es nötig sei bei den öffentlichen Ausgaben starke Kürzungen vorzunehmen. Der einzige Unterschied zwischen ihnen ist, wann das Gemetzel anfangen soll. Sie behaupten, dass die Einschnitte niemandem weh tun werden - mit anderen Worten: die üblichen Lügen.

Egal welche Partei an der Macht ist, es wird tausende Arbeitsplätze kosten. Die starke Kürzung der Ausgaben im Bereich der lebensnotwendigen Dienstleistungen wird die Alten, Schwachen und Armen unverhältnismäßig schwer treffen.

Die Parteien sind sich über die Kürzungen deshalb so einig, weil sie der gleichen Freihandelsphilosophie anhängen. Sie pfuschen ein bischen an der Idee des freien Marktes herum, um mit neuen Anpassungen ihre Wähler/innen zu locken. Aber letzten Endes hat keiner von ihnen was anderes anzubieten als die übliche "Lösung", daß der freie Markt durch eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben die Staatsverschuldung vermindern soll.

"Freier" Markt durch Einsparungen

Die gleichen Politiker/innen waren während der Finanzkrise nicht so darauf versessen sich zum Prinzip des freien Marktes zu bekennen. Einem Prinzip, das die Krise als eine "Marktkorrektur" ansieht, während der man zulassen darf, daß unwirtschaftliche Banken gegen die Wand fahren.

Als die Wirtschaftsvertreter/innen des Freihandels sich für sowas stark machten, wurden sie von den Politiker/innen als Idioten beschimpft, die die Weltwirtschaft gefährden würden.

Diese Ablehnung gegenüber dem traditionellen Freihandel hielt jedoch nicht lange an. Als Milliarden öffentlicher Gelder in die Banken gesteckt wurden, hätte jeder halbwegs Vernünftige zumindest sichergestellt, dass das Geld in die Wirtschaft investiert werden würde und nicht in die Taschen der Bänker/innen wandert.

Aber die Staatschefs (1) sind dem Gesetz des freien Marktes verfallen, nach dem der Staat sich nicht in die Belange der Finanzmärkte einmischen solle. Sie haben sich sogar geweigert, den Bänker/innen die Boni (2) zu kürzen, da hohe Bonuszahlungen nötig seien, um die talentiertesten von ihnen anzuwerben.

So überrascht es nicht, dass die Banken die öffentlichen Gelder dazu benutzt haben, um ihre Profite anzuheben und erneut riesige Bonuszahlungen zu ermöglichen. Die Regierung hätte die Banken auch verstaatlichen können, um durch sie mehr Geld in die bankrotte Wirtschaft zu pumpen.

Oder - falls das nicht funktioniert hätte - hätte sie einfach den Banken vorschreiben können, dass sie mit dem Geld den Kreditmarkt wieder zum Laufen bringen sollen. Stattdessen hat sich die Regierung aus lauter Angst davor in den Markt einzugreifen darauf beschränkt, die Banken darum zu bitten (oder eher anzubetteln) im Interesse der Gesamtwirtschaft zu handeln.

Kollektiver Gedächtnisverlust

Als es sich abzeichnete, dass sich die Wirtschaft erholen würde, traf die Politiker/innen ein kollektiver Gedächtnisverlust. All das Gerede von einer neuen strengen Regelung der Finanzmärkte war verschwunden, als ob es keine Krise gegeben hätte. Nichts hat sich geändert: Das Bankwesen ist immernoch ungeregelt.

Sie fangen sogar wieder an, mit eben jenen Finanzderivaten (3) zu handeln, die zu der Krise geführt hatten. Jetzt, da die Krise teilweise vorüber ist und die Politiker/innen zu ihrer Freihandelsposition zurückgefunden haben, hören wir nur noch Rufe nach einer strengen Kürzung bei den öffentlichen Ausgaben, um das Ausmaß der Staatsverschuldung zu verringern.

Keynes und die Staatsverschuldung

Sie tun so, als ob es nie eine Alternative gegeben hätte den Kapitalismus durch eine Krise zu retten. Tatsächlich ist in historischer Hinsicht die momentane Staatsverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (4) nicht besonders hoch, berücksichtigt man, dass wir mitten in einer Wirtschaftskrise stecken.



Wäre die Regierung dem alternativen Weg des Keynesianismus (5) gefolgt, so hätte sie weiterhin Schulden machen können, ohne dass davon die Welt untergegangen wäre. Sie hätte dann direkt in die Wirtschaft investieren können, indem sie in Projekte, wie neue Schulen, Krankenhäuser oder Eisenbahnen, investiert hätte.

Dabei wären mehr Arbeitsplätze geschaffen und die Wirtschaft durch mehr und nicht durch weniger Staatsausgaben aus der Rezession (6) geführt worden. Mit den daraus entstandenen Steuereinnahmen hätte die Regierung anfangen können ihre Schulden zurückzuzahlen.

Doch dass die großen Parteien einen solchen Weg nicht einschlagen, ist keine Überraschung. Die Wirtschaft dient im Kapitalismus den Interessen der Reichen, nicht dem Nutzen der Bevölkerung. Und es ist die Rolle der Politiker/innen die staatliche Macht zum Schutz der Reichen anzuwenden.

Daher bedeutet die "Theorie" des freien Marktes nichts weiter als eine Rechtfertigung für Politker/innen durch ihr Handeln den Kapitalismus zu

beschützen. Darüber hinaus wird die Idee des Freihandels immer nur gegenüber den Arbeiter/innen angewendet, nicht gegenüber den Reichen.

Dem Staat wird erlaubt in die Märkte einzugreifen und riesige Summen staatlicher Fördergelder an die Unternehmen zu übergeben. Staatliche Eingriffe werden nur dann abgelehnt, wenn durch sie Gewinne eingeschränkt und Reichtümer umverteilt werden sollen.

Staatlicher Schutz für's Kapital

Das trifft auch auf die jetzige Krise zu. Es wird hoch angesehen, dass der Staat Schulden in Milliardenhöhe aufnimmt, um den Bänker/innen die Haut zu retten. Aber wenn es darum geht mit Staatverschuldung Arbeitsplätze zu retten, dann kehrt bei den Politiker/innen schnell das alte Gerede vom freien Markt zurück, wegen dem die Staatsausgaben gekürzt werden müssen.

Das ist alles nicht neu und so alt wie der Kapitalismus selbst. Medien und Politik unterstützen immer die Interessen des Kapitals. Sie sorgen dafür, dass der Staat milliardenhohe Zuschüsse verteilt und außerdem mit seinen Streitkräften die kapitalistischen Interessen weltweit verteidigt.
Aber wenn es darum geht, die Gewinne zu schützen indem Arbeitsplätze abgebaut oder die Lebensbedingungen der Arbeiter/innen heruntergeschraubt werden, dann dürfe der Staat natürlich nicht eingreifen. Der freie Markt würde sich durchsetzen. Es gebe keine Wahl und keine Alternative dazu, dass die Klasse der Arbeiter/innen dafür die Kosten tragen muss. Und dass nach den ganzen Versprechungen von Wohlstandsteilhabe, die es auch in wirtschaftlich boomenden Zeiten nicht gegeben hat.

Die Wirklichkeit ist dem Kapitalismus angepasst worden bis zu dem Punkt, dass uns leider nurnoch der einzig mögliche Ausweg präsentiert wird: starke Einsparungen. Alternativen werden nicht mehr vorgebracht und weder in Erwägung gezogen noch diskutiert. Alle sind sich einig, dass es keinen anderen Ausweg gäbe. Daher diskutieren sie darüber wo als erstes gespart wird und wann es losgehen soll.

Wir sollten uns über die Höhe der Einsparungen keine Hoffnungen machen. Es wird geschätzt, dass es in den nächsten Jahren zu

Ausgabenkürzungen in zweistelliger Milliardenhöhe (7) kommen wird. Das wird alle Kürzungen der 1980er Jahre (8) in den Schatten stellen und erhöhte Arbeitslosigkeit zur Folge haben. (...)

Es besteht eine große Gefahr, dass Einsparungen in dieser Höhe die Wirtschaft in eine Abwärtsspirale ziehen werden, in der auf steigende Arbeitslosigkeit eine sinkende Nachfrage (9) folgt, die zu weiterer Arbeitslosigkeit führt.

Ein schwerer Schock

Abgesehen von diesen Problemen scheinen die Politiker/innen mit sich selbst sehr zufrieden zu sein. Sie haben es geschafft, sich gegenseitig davon zu überzeugen, dass "die Öffentlichkeit" bereit sei Opfer zu bringen. Nun, ihnen stehr ein schwerer Schock bevor. Gewaltige Geldbeträge auszugeben, die unvorstellbar hoch und damit wertlos sind, ist die eine Sache. Doch wenn die geplanten Einsparungen Wirklichkeit werden, werden sie Millionen von Arbeiter/innen ins Elend stürzen und reale Wut hervorbringen.

Wenn diese Wut kanalisiert und organisiert wird, wird es einen mächtigen Abwehrkampf geben, der den Kapitalismus in seinen Festen erschüttern könnte.

Als Aktivist/innen ist unser Ziel, die Wut in der Klasse der Arbeiter/innen in Aktion zu verwandeln. Wir haben eine klare Botschaft: Dieses Übel wurde von den Reichen und Mächtigen verursacht! Und es sind sie, die dafür zahlen sollten! Der einzige Weg dahin sind koordinierte Streikaktionen an denen sich Arbeiter/innen aller Branchen inklusive des Öffentlichen Dienstes beteiligen.

Koordinierte Streiks in allen Branchen

Und wir sollten uns dabei nicht von den Gewerkschaften aufspalten lassen. Anstatt auf die Gewerkschaftsfunktionäre zu warten, sollten wir dafür an unserem eigenen Arbeitsplatz aktiv werden und uns mit Arbeiter/innen anderer Gewerkschaften und Branchen zusammentun. Eine Streikbewegung, die von unten nach oben aufgebaut ist, ist nicht nur in der Lage den Versuch der Regierung massive Kürzungen durchzusetzten zurückzuschlagen.
Sie kann darüber hinaus auch eine Grundlage werden für eine

Alternative zum Kapitalismus. Denn ein Wirtschaftssystem kann auch zum Wohle aller Menschen betrieben werden und nicht für eine Handvoll Reiche.

Aus:
Direct Action, Nr. 48 / Herbst 2009, Magazin der
Solidarity Federation (SolFed - IAA), http://direct-action.org.uk

Internationale Arbeiter/innen-Assoziation (IAA),
http://www.iwa-ait.org

Übersetzung und Anmerkungen:
Anarchosyndikat Köln/Bonn

<u>Erläuterungen:</u>

1) im britischen Original: Premierminister Brown und Schatzmeister Darling
2) Bonuszahlungen, Erfolgszuschläge
3) riskante Spekulation auf veränderte Grundpreise (Aktien, Rohstoffe, Zinsen)
4) Gesamtwert aller hergestellten Waren und Dienstleistungen einer nationalen Wirtschaft
5) durch J.M. Keynes entwickelte Steuerung der Wirtschaft durch staatliche Eingriffe
6) Wirtschaftsabschwung, Rückgang der Umsätze bzw. Ausgaben
7) im britischen Original: £ 90.000.000.000
8) im britischen Original: Thatcher-Ära, vergleichbar mit der Regierung Kohl (CDU, 1982-1998)
9) Bedarf an den Waren und Dienstleistungen in einer nationalen Wirtschaft

Prekariat im Knast

Das Leben im Vollzug soll den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit als möglich angeglichen werden; so lautet § 3 Abs. 1 Strafvollzugsgesetz (Bund). In aller Regel nutzen die Vollzugsanstalten jedoch diese Bestimmung nur immer weitere Verschlechterungen für sie Gefangenen durchzusetzen. Während beispielsweise heute in fast jedem Haushalt ein Computer steht, wird Gefangenen konsequent der Besitz eines PCs verboten.

Im Folgenden soll von prekären Arbeitsverhältnissen hinter Gittern die Rede sein. Gefangene und Sicherungsverwahrte sind zur Arbeit verpflichtet (§ 41 Abs. 1 Satz 1 StrVollzG-Bund). Als Arbeitsbelohnung zahlt der Staat zwischen knapp 8 Euro und 13 Euro pro Arbeitstag, was einem Stundenlohn von etwas mehr als einem Euro bis zu 1,70 Euro entspricht.

Dem jeweiligen Arbeitsplatz ist eine bestimmte Lohnstufe zugeordnet (vgl. Strafvollzugsvergütungsordnung); angefangen bei Lohnstufe 1 (welche für Arbeiten einfacher Art, die keine Vorkenntnisse erfordern gedacht ist), über Lohnstufe 2, 3 und 4, bis hin zu Lohnstufe 5, für Arbeiten die ein besonderes Maß an Können, Einsatz und Verantwortung, welche über die eines Facharbeiters hinausgehen, erfordern.

In den letzten Monaten fand nun in der JVA Bruchsal eine radikale Neubewertung der Arbeitsplätze statt; offenbar einzig diktiert von dem Ziel Gelder einzusparen. So werden heute konsequent Gefangene, die noch vor kurzem mit Lohnstufe 3 eingestellt wurden (also für Arbeiten, die eine Anlernzeit erfordern und durchschnittliche Anforderungen an die Leistung und Geschicklichkeit stellen) bei Arbeitsaufnahme die Lohnstufe 2 (Arbeiten die eine Einarbeitungszeit erfordern und im übrigen zur Lohnstufe 1 gehören) bezahlt, erhalten also statt etwas mehr als 10 Euro pro Arbeitstag, nur wenig mehr als 9 Euro.

Sieht die o.g. Strafvollzugsvergütungsordnung bei überdurchschnittlicher Leistung eine Zulage von bis zu 30% vor, so darf nach Vorgabe der Betriebsleitungen maximal 7,5% im Durchschnitt gewährt werden. Wird also jemand 10% Zulage ergattern muss jemand anders auf 2,5% verzichten.

Beliebt ist auch, Gefangene die aus Mangel an Aufträgen (denn vielfach arbeiten Gefangene Aufträge aus der freien Wirtschaft ab) nicht beschäftigt werden können, nach einem Monat formal zu "kündigen", sprich sie verlieren ihren Arbeitsplatz, um dann bei Verbesserung der Auftragslage wieder eingestellt zu werden. Jedoch, die geneigte Leserschaft kann es sich denken, zu verschlechterten Konditionen, nämlich im Regelfall nach Lohnstufe 2 ohne jegliche Zulagen, egal wie gut die Arbeitsleistung auch sein mag.

Eine wahrhaft punktgenaue Umsetzung des eingangs zitierten Paragrafen und eine Vorbereitung auf das Leben "draußen". So macht zum Beispiel die Drogeriemarktkette SCHLECKER regelmäßig Schlagzeilen, wenn sie kleinere Märkte schließt, die Belegschaft entlässt um oftmals nur wenige Meter entfernt SCHLECKER-XXL-Märkte zu eröffnen. Dort werden dann Beschäftigte nur noch über eine Zeitarbeitsfirma (welche dem Schleckerkonzern zugerechnet wird seitens der Gewerkschaft) eingestellt, zu einem Lohn von unter 7 Euro die Stunde, ohne Urlaubsgeld, ohne Weinachtsgeld und mit weniger Urlaub.

Die Bereitschaft sich zu wehren ist jedoch nicht sonderlich ausgeprägt bei den betroffenen Gefangenen, denn sie fürchten als Querulant abgestempelt, dann auch noch den nur spärlich entlohnte Job zu verlieren und am Ende mit 30 Euro Taschengeld im Monat dazustehen, anstatt mit 50 oder 60 Euro (das ist der Betrag der effektiv für den Kauf von Nahrungs-/Genuss- und Körperpflegemitteln verwandt werden kann, denn hierfür dürfen 3/7 des Lohn verwandt werden. 4/7 wandern auf ein Sperrkonto zu Schuldentilgung oder für die Zeit nach einer Entlassung).

Und so setzt sich auch hinter Gittern die rigide Wirtschaftspolitik fort.

Thomas Meyer-Falk,
c/o JVA-Z. 3113, Schönbornstr. 32, D-76646 Bruchsal

http://www.freedom-for-thomas.de
http://www.freedomforthomas.wordpress.com

Quelle: http://de.indymedia.org/2009/12/270143.shtml

Zur Geschichte des Ersten Mai

Die Vorgeschichte der Haymarket-Affäre

Die Diskussion in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts drehte sich unter anderem um die Ide einer kollektiven Arbeitsniederlegung, dem sozialen Generalstreik, zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Die englischen Gewerkschaften beschlossen für ihr Ziel des Achtstundentags einen landesweiten Streik am 1. Mai 1833 abzuhalten, der jedoch nicht umfassend realisiert werden konnte. Der entstehende Industriekapitalismus war schon für die Anfänge der Arbeiterbewegung ein starker Gegner, der Nationalismus verhinderte andererseits oft die grenzüberschreitende Solidarität.

Nachdem die Revolution von 1848/49 zum Sieg des nationalen Bürgertums in Europa geführt hatte, wanderten viele sozialistische Arbeiter/innen nach Amerika aus. Zahlreiche von ihnen brachten auch anarchistisches Gedankengut mit in die USA, wo die Lebens- und Arbeitsbedingungen oft noch schlimmer waren als in ihren Heimatländern. Besonders in der ersten Weltwirtschaftskrise ab 1857 und in der Gründerzeitkrise („Grosse Depression") ab 1873 litten die Arbeiter/innen unter Erwerbslosigkeit und Wohnungsnot.

Gegen die entstehende Arbeiterbewegung wurden im neu gegründeten Deutschen Kaiserreich 1878 die Sozialistengesetze „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" erlassen. In der 1872 gegründeten Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) waren die deutschen Sozialist/innen und Anarchist/innen die stärkste Kraft. So ist es kein Wunder, dass viele der hunderttausenden, deutschen Auswanderer/innen auch in den USA sich gewerkschaftlich organisierten. Die 1869 in Philadelphia gegründeten „Knights of Labor" gelten dabei als Vorläufer der späteren „Labor Unions".

Die Gewaltfrage

Seit dem Eisenbahnerstreik von 1877 erhielten die Gewerkschaften großen Zulauf, aber sie wurden von den bezahlten Schlägern und bewaffneten Streikbrechern der Pinkerton Agency im Auftrag der

Kapitalist/innen hart bekämpft. Die Polizei und die Presse spielten ihre entsprechende Rolle, so forderte die „New York Tribune“ zum Beispiel, dass man die Demonstrationen der streikenden Arbeiter/innen mit Handgranaten zerschlagen solle. Als bewaffnete Verteidigungsorganisationen wurden in einigen amerikanischen Städten die gewerkschaftlichen „Lehr- und Wehrvereine“ gegründet. Sie machten Schießübungen und Aufmärsche zu Gedenken der Pariser Kommune von 1871. Die „Sozialistische Arbeiterpartei“ spaltete sich 1880 an der Frage der Bewaffnung in einen rechten, parlamentarischen und einen linken, sozialrevolutionären Flügel.

Während in New York der deutsche Anarchist und ehemalige SPD-Abgeordnete Johann Most die „Revolutionäre Kriegswissenschaft“ als „Propaganda der Tat“, sind in Chicago der Amerikaner Albert Parsons und der Deutsche August Spies die bekannten Vertreter einer gewaltsamen Arbeiterbewegung. Spies arbeitete für die deutschsprachige „Chicagoer Arbeiter-Zeitung“ und Parsons gab den „Alarm“ in englischer Sprache heraus. Sie gründen 1883 in Pittsburgh



gemeinsam mit anderen Sozialrevolutionären und Anarchisten die „International Working People's Association (IWPA)“ nach dem Vorbild Michael Bakunins in der Ersten Internationale.

Die Mischung aus Anarchismus und Syndikalismus wurde damals als „Chicago Idea“ bezeichnet. In zahlreichen Zeitungen propagierte diese „Schwarze Internationale“ ihre Revolutionspläne in deutscher, englischer und tschechischer Sprache. Allerin in Chicago gaben sie fünf Zeitungen heraus, unter ihnen die „Arbeiter-Zeitung“, die von August Spies, Adolph Fischer und Michael Schwab mit täglich 6.000 Exemplaren herausgegeben wurde.

Kampf für den Achtstundentag

1884 beschloss der nordamerikanische „Kongress der föderierten Gewerkschaften und Arbeitervereine“ (später „American Federation of Labor“) die Forderung nach dem Achtstundentag als zentrales Motiv



der künftigen Arbeitskämpfe. Die Verringerung des (meist 10stündigen) Arbeitstages um zwei Stunden erschien den anarchistischen Syndikalisten als reformistisch, aber trotzdem unterstützen sie die Kampagne. Die seit 1860 bestehende Forderung sollte am 1. Mai 1886 mit landesweiten Streiks endlich durchgesetzt werden. In Chicago organisierte die „Central Labor Union“ am Sonntag vor dem 1. Mai eine Großdemonstration mit rund 25.000 Teilnehmer/innen. Am 1. Mai selbst streikten in den Industriezentren der USA über 300.000 Arbeiter/innen, allein in Chicago legten 40.000 die Arbeit nieder und auf der Straße vereinigten sich 80.000 Demonstrant/innen.

Bereits im April 1886 hatten sich in der Chicagoer Firma McCormick, wo Erntemaschinen hergestellt wurden, die meisten Arbeiter/innen wegen der unmenschlichen Arbeitsbedingungen zu einem Streik entschlossen. Damals wurde für einen 12-Stunden-Arbeitstag im Durchschnitt 3 US-Dollar gezahlt, wovon man in einem Restaurant gerade mal ein ein mageres Abendessen bekam. Der Arbeitgeber sperrte die Belegschaft massenhaft aus und die fast 1000 freien Stellen sollten nun von neuen Einwanderern ersetzt werden, die in solchen Fällen schon vor dem Werkstor Schlange standen. Die „Arbeiter-Zeitung“ rief jedoch dazu auf, keinen Streikbruch zu begehen und es meldeten sich nur etwa 300 Arbeitswillige. Am Abend des 1. Mai 1886 fand eine Arbeiterversammlung auf dem „Haymarket“ genannten Platz an der Randolph Street in Chicago statt und es folgte ein mehrtägiger Streik bei McCormick.

Chicago 1886

Am 3. Mai schritt die Polizei ein, um eine Streikversammlung mit 6.000 Demonstrant/innen in der Nähe der Fabrik McCormick aufzulösen. Bei der folgenden Straßenschlacht wurden sechs Arbeiter getötet und viele verletzt. In der Nacht zum 4. Mai versammelten sich dann tausende Demonstrant/innen zu einer Protestkundgebung gegen Polizeigewalt und zogen zum Haymarket-Square. Erneut versuchte die Polizei, wie bereits am Tag zuvor, die Versammlung gewaltsam aufzulösen. Der Protestzug der Arbeiter/innen konnte aber fortgesetzt werden und verlief soweit friedlich.Bürgermeister Harrison, der sich persönlich vor Ort um die Sicherheit in seiner Stadt gekümmert hatte, ging schon früh wieder nach Hause. Etwa tausend Demonstrant/innen, die meisten von ihnen deutsche Arbeiter/innen, hörten den Reden zu. Die Situation

eskalierte in der Abenddämmerung nachdem die bekannten Anarchisten Albert Parsons, August Spies und Samuel Fielden ihre Ansprachen gehalten hatten. Die Polizei stand mit Gewehren in den Seitenstraßen bereit zum Einsatz. Als Regenwolken aufzogen, verließen viele Demonstrant/innen den Kundgebungsort, es blieben etwa 300 zurück.

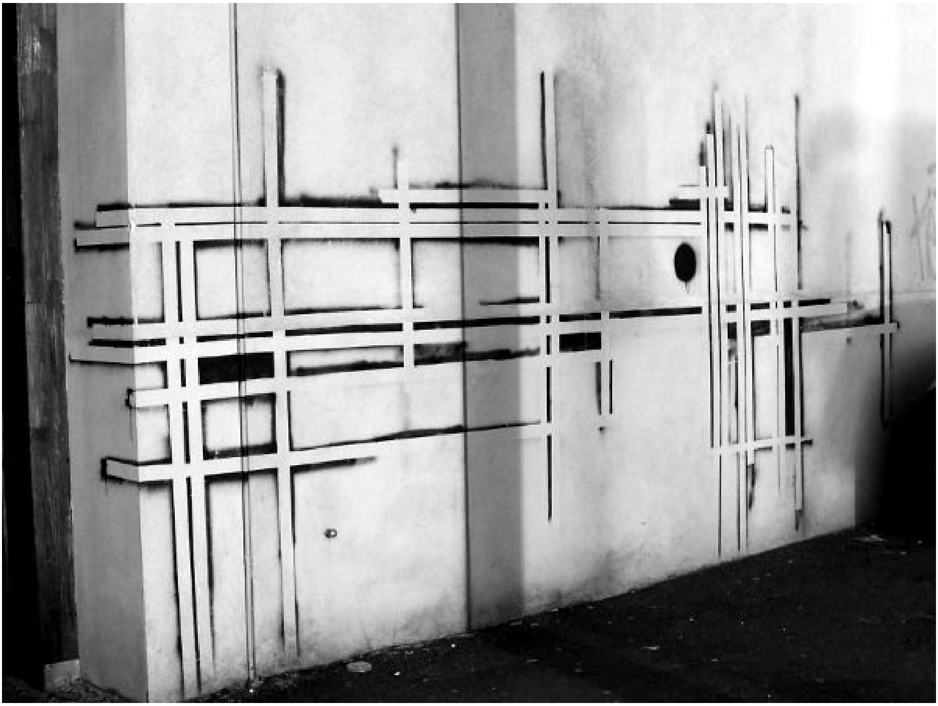
Kurz vor Ende der Rede von August Spies gab Polizeiinspektor Bonfield den Befehl zum Stürmen. Zwei Hundertschaften der Polizei kamen im Laufschritt angerannt und umzingelten den Redner-LKW als jemand eine Bombe in die Menschenmenge warf. Direkt nach der Explosion begann die Polizei auf die Arbeiter/innen zu schießen. Ein Polizist verstarb noch am Ort des Geschehens und sechs Arbeiter starben später an ihren Verletzungen.

Da die Redner als Anarchisten bekannt waren, ging die Polizei und die Presse davon aus, dass es sich um einen anarchistischen Anschlag auf die Polizei gehandelt habe. Ein Beweis für eine solche Verbindung konnte allerdings nie erbracht werden.

Obgleich niemand überhaupt den Bombenwerfer erkannt hatte, wurden acht Männer, welche den Streik mitorganisiert hatten, angeklagt und im August 1886 für schuldig befunden. Obwohl es teilweise sogar Alibis gab, beschuldigte Richter Joseph Gary sie, da der Bombenwerfer wohl auf Grund der anarchistischen Ideen dieser Männer gehandelt hätte. Daher seien sie ebenso schuldig, als ob sie selbst den Anschlag verübt hätten. Anfang Oktober halten die Angeklagten ihre berühmt gewordenen Verteidigungsreden, die in zahlreiche Sprachen übersetzt und veröffentlicht wurden. Die Anwaltskosten wurden unter anderem mit 50.000 Doller Spendengeldern aus aller Welt finanziert.

Verurteilt wurden schließlich Georg Engel (Anstreicher aus Kassel), Samuel Fielden (Fuhrmann aus Lancashire), Adolph Fischer (Schriftsetzer aus Bremen), Louis Lingg (Zimmermann aus Mannheim), Oscar Neebe (Klempner aus New York, aufgewachsen in Kassel), Albert Parsons (Schriftsetzer aus Alabama), Michael Schwab (Buchbinder aus Unterfranken) und August Spies (Möbelschreiner aus Hessen).

Nach einem umstrittenen Schauprozess mit gefälschten Beweisen wurden sie von einer manipulierten Jury zum Tod durch Erhängen verurteilt. Der ebenfalls verurteilte Oscar Nebe wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt. Louis Lingg beging in der Gefängniszelle Selbstmord indem er sich mit einer eingeschmuggelten Patrone den halben Kopf wegsprengte. Eine Revision des Urteils wurde Anfang November 1887 vom Obersten Gerichtshof abgelehnt.



Die Todesurteile über Samuel Fielden und Michael Schwab wurden jedoch von Gouverneur Ogelsby in Lebenslänglich umgewandelt. Engel, Fischer, Parsons und Spies wurden am 11. November 1887 im Gefängnis von Cook County hingerichtet. Hunderttausende beteiligten sich an einem Protestzug anlässlich der Beerdigung der Ermordeten auf dem Waldheim Friedhof in in Forest Park (Illinois). Robert Reitzel, Anarchist aus Baden, hielt eine Grabrede. Seit 1893 steht auf dem Waldheim Friedhof ein Denkmal für die Opfer der Haymarket-Affäre.

Ebenfalls im Jahr 1893 wurden die drei Gefangenen, Fielden, Nebe und Schwab von Gouverneur John Altgeld als unschuldige Justizopfer

anerkannt und begnadigt (1936 kam ein Untersuchungsausschuss zu dem Ergebnis, dass alle acht Verurteilten unschuldig gewesen sind).

Nach seiner Entlassung war Oscar Neebe übrigens auch weiterhin in der Arbeiterbewegung aktiv. Er wurde später Mitglied der Industrial Workers of the World (IWW) und war z.B. am Ersten Mai 1906 der Hauptredner auf einer Kundgebung in Chicago. Neebe starb 1916 und wurde auf dem Waldheim Friedhof beim Denkmal für die „Haymarket Märtyrer“ beerdigt.

Zunächst jedoch führten das Urteil und seine Vollstreckung auf der ganzen Welt zu einem Protest der Arbeiterbewegung. 1888 beschloss die American Federation of Labor (AFL) den 1. Mai 1890 als Kampftag zur Durchsetzung des Achtstundentags. Obwohl in Deutschland die SPD-Führung gegen den Generalstreikaufruf war, fanden in allen Städten Streiks und Massenkundgebungen statt. Über 100.000 Arbeiter/innen beteiligten sich daran, vor allem in Hamburg.

Schließlich hat der Pariser Gründungskongress der sozial-demokratischen „Zweiten Internationale“ 1889 de Ersten Mai als jährlichen „Kampftag der Arbeiterbewegung“ beschlossen und dieser



wird seitdem mit Massenkundgebungen und Streiks begangen. Doch es gab auch schon früh Kritik am Ersten Mai: In Frankreich wandten sich 1892 zahlreiche Anarchisten, darunter Sebastien Faure, gegen die Kampagne. Dies sei „kein revolutionärer Tag“ mehr. Sondern ein „Wahlsprungbrett“ für „Machthungrige“, die mit den Stimmen der Arbeiter/innen ins Parlament gewählt werden wollen.

Auf dem Gewerkschaftskongress 1893 in Marseille wurde jedoch die kämpferische Ausrichtung des Ersten Mai als Tag des Generalstreiks nochmal bestätigt, was die Trennung vom Parteisozialismus weiter vorantrieb. Spätestens als die anarchistischen Teilnehmer/innen auf dem Kongress der Zweiten Internationalen imJahr 1896 in London wegen ihrer Ablehnung des Parlamentarismus ausgeschlossen wurden, war der Bruch vollzogen.

Solidarität statt Standortnationalismus

Heute jedoch hat für grosse Mehrheit der lohnabhängig Arbeitenden der Erste Mai keine besondere Bedeutung mehr. Es ist längst nicht mehr der *"Kampftag der Arbeiterklasse"*. Stattdessen ist der Erste Mai für viele eine gute Gelegenheit für einen frühsommerlichen Familienausflug ins Grüne, vielleicht sogar zum Würstchenessen beim DGB-Strassenfest. Dort gibt es die langweiligen Sonntagsreden der Gewerkschaftsfunktionär/innen, die ihr *"Bündnis für Arbeit"* mit den Wirtschaftsbossen als notwendig und fortschrittlich schönreden.

Dabei verteidigen die DGB-Gewerkschaften den *"Standort Deutschland"* mit aller nationalen Härte gegen die angebliche Konkurrenz in den Niedriglohnländern Osteuropas und Asiens.Das geht sogar soweit, dass die IG BAU gemeinsame Sache mit den Zollfahndern bei Razzien auf Baustellen macht, um gegen undokumentierte Arbeit und andere Formen der illegalen Beschäftigung vorzugehen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund vertritt damit die Interessen seiner Mitglieder, hauptsächlich der organisierten Facharbeiter/innen mit Tarifschutz und Rentenanspruch. Für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung, der außertariflich arbeitet (Prekarisierte / Illegalisierte) ist der 01.05. ohnehin kein freier Tag und sie bekommen auch keinen Feiertagszuschlag...

Strassen kehren, Teller spülen, Kinder und Alte (ver-)pflegen, Kaffee servieren, Büroarbeiten - immer mehr der gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten werden durch Leiharbeiter/innen, Mini-Jobs oder Ein-Euro-Jobs erledigt. Der staatliche Arbeitszwang durch die ARGE und der Niedriglohndruck des Marktes schaffen in Deutschland für einen wachsende Zahl der „arbeitenden Armen".

Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg werden Teile der Bevölkerung unter die Armutsgrenze gezwungen, dorthin wo sich das *"ausländische Proletariat"* (laut „Gewerkschaft der Polizei") längst befindet. Die Kämpfe gegen solche Zustände jeden Tag gemeinsam zu führen, ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Und wenn es der DGB nicht tut, dann machen wir es eben selbst!

Geschichte der „Sozialpartnerschaft"

Das Klassenbündnis des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat Tradition: Im Jahr 1920 wurde in der Weimarer Republik das Betriebsrätegesetz des Deutschen Reiches verabschiedet. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg (1914-18) und der Novemberrevolution der Arbeiter- und Soldatenräte (1918/19) hatte sich die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften als neue Herrschaftselite durchgesetzt.

Eben jene SPD, die schon 1914 für die Kriegskredite des Kaisers gestimmt hatte, um von den reaktionären Kräften nicht wieder als „vaterlandslose Gesellen" beschimpft zu werden.

Die SPD-Führer Ebert und Noske wollten ihren Teil vom kolonialen „Platz an der Sonne" abhaben. Dafür waren die sozialdemokratischen Gewerkschaften auch bereit gewesen, während des imperialistischen Krieges die Füße still und die Klappe geschlossen zu halten. Dieser Klassenkompromiss wurde als „Burgfrieden" zum Symbol des Korporatismus.

Der Kaiser dankte es ihnen mit der offiziellen Anerkennung im „Vaterländischen Hilfsdienstgesetz" von 1916. Im Stinnes-Legien-Abkommen zur Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) mit der Industrie zeigte sich von 1918 bis 1924 erneut der Geist des gewerkschaftlichen Klassenfriedens.

1919: Feiertag und Massaker

Mit dem Sieg der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik wurde 1919 der Erste Mai nun als *"Nationalfesttag"* arbeitsfrei. Es sollte

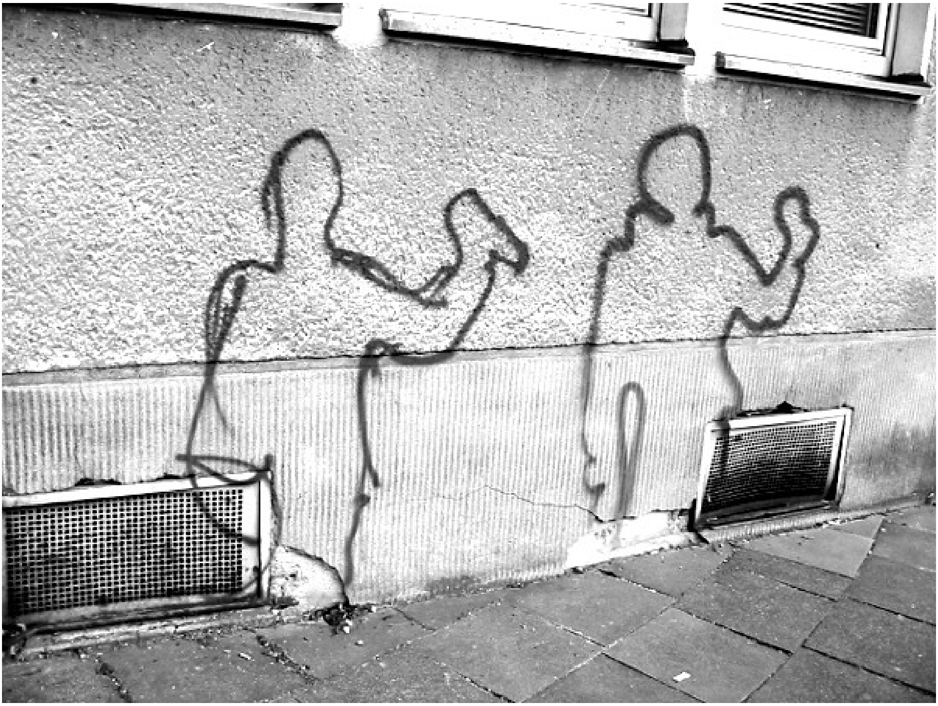
allerdings keine Erinnerung sein an die seit 1886 an dem Tag durchgeführten Massenstreiks für einen 8-Stunden-Tag. Die Sozialdemokratie wollte einen staatlich geschützten Feiertag einführen, der *"den hohen Idealen des internationalen Arbeiterschutzes und des dauernd gesicherten Weltfriedens"* gewidmet war. Dies sollte ein *"Mittel zur Vereinigung und Zusammenfügung des gesamten Volkes"* werden.

An diesem ersten "Feiertag" im Jahr 1919 wurde jedoch die revolutionäre Münchener Räterepublik von Militär und Faschisten niedergeschossen, hunderte tote Arbeiter/innen wurden gezählt. Tausende wurden verhaftet und zu Todesstrafe oder lebenslanger Haft verurteilt. Die SPD-Regierung fürchtete daher, dass dieser Tag in den folgenden Jahren erneut zu blutigen Auseinandersetzungen mit Arbeiter/innen führen könnte. Also wurde dieser "Nationalfesttag" direkt



wieder abgeschafft, aber in weiten Teilen der Weimarer Republik blieb der Erste Mai trotzdem arbeitsfrei.

Im April 1920 liess die SPD-Regierung schließlich mit Hilfe der Reichswehr und faschistischen Freikorps den Aufstand der Arbeiter/innen im Ruhrgebiet niederschießen und Verdächtige massakrieren. Jene militaristischen Kräfte, die „Für Kaiser und Vaterland“ die Novemberrevolution 1918 niedergeschossen hatten, hatten nun erneut mit Duldung der SPD-Regierung blutige Massaker an der antifaschistischen Arbeiterbewegung begangen. Doch die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften waren nicht in der Lage daraus zu lernen und den Aufstieg des Nationalsozialismus aufzuhalten.



Seit 1924 waren Maidemonstrationen unter freiem Himmel verboten, aber es war dadurch kaum zu nennenswerten Zwischenfällen gekommen. Im Jahr 1929 jedoch zerschlug der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel die Maidemonstrationen, um den für den 2. Mai von der KPD ausgerufenen Streik zu verhindern. In der

preußischen Hauptstadt, wo der Tag (im Gegensatz zu anderen Teilen des Deutschen Reiches) kein Feiertag war, zogen etwa 8.000 Arbeiter/innen durch die Stadtteile Wedding und Neukölln.

Obwohl die SPD wie gefordert nur Saalveranstaltungen abhielt, wurde ein Sozialdemokrat erschossen als er nicht sofort sein Fenster schließen wollte. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel verhängte den Ausnahmezustand und zerschlug in den folgenden zwei Tagen alle Demonstrationen und Streikversammlungen mit gepanzerten Maschinengewehrwagen. Von den rund 25.000 unbewaffneten Demonstrant/innen wurden über 30 erschossen, hunderte verletzt.

Sozialdemokratie und ADGB

Der ehemalige Landesarbeitsminister Theodor Leipart (ein Begründer der bürgerlichen „Wirtschaftsdemokratie“) war seit 1921 Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Mit seiner Parole „Organisation – nicht Demonstration!“ zeigte Leipart seine gewaltfrei abwartende Haltung gegenüber den Nazis und trug viel dazu bei, einen erfolgreichen antifaschistischen Arbeiterwiderstand zu verhindern.

Nach der Machtübergabe an den Reichskanzler Adolf Hitler 1933 versuchte Leipart die hilflose Annäherung der deutschen Gewerkschaften an die legale Nazi-Regierung. Aus Angst vor einer Zerschlagung der Gewerkschaften sprach er sich weiterhin gegen den politischen Massenstreik aus und beließ es beim mündlichen Protest und parteilpolitischer Neutralität.

Nazidiktatur und Arbeitskult

Am 19. April 1933 erklärte der ADGB-Vorstand, es sei die Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder an den staatlich verordneten Maifeiern teilzunehmen. Der ADGB forderte von der Regierung die *„vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat“* der nationalsozialistischen Parteidiktatur.

Teilweise marschierten am Ersten Mai 1933 tatsächlich die Gewerkschafter/innen gemeinsam mit Nazis. Hitler verkündete in Berlin vor einer Million Deutschen: „Das Symbol des Klassenkampfes, des

ewigen Streites und Haders wandelt sich nun wieder zum Symbol der großen Einigung und Erhebung der Nation.“ Antisemitismus und Antikommunismus wurden nun zur Staatsreligion gemacht. Bereits am nächsten Tag (02.05.1933) zerschlugen die Nazis mit ihrem „Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit“ die Arbeiter/innen-Vereinigungen. Gewerkschaftshäuser und Gelder wurden beschlagnahmt und Funktionäre (wie Theodor Leipart) in „Schutzhaft“ gesperrt, gefoltert und teilweise ermordet.

Die Nationalsozialist/innen haben den Klassenkampf zwangsweise abgeschafft und durch ihren „Rassenkampf“ ersetzt. An die Stelle der betrieblichen Mitbestimmung setzten sie die unternehmerischen „Betriebsführer“ und die „Deutsche Arbeitsfront (DAF)“. Alle Lohnabhängigen wurden als „Gefogschaft“ dann zwangsweise Mitglieder der DAF und die Verbände der Arbeiter/innen und Angestellten wurden zur Einheitsgewerkschaft.

Das Streikrecht wurde abgeschafft und die „Treuhänder der Arbeit“ sollten als Schlichtungsstelle im Konfliktfall den sozialen Frieden zwischen Arbeitgeber/innen und der Arbeiterschaft in den „Betriebsgemeinschaften“ sichern. Sie wurden jedes Jahr Ersten Mai für 12 Monate berufen und unterstanden direkt dem Reichsarbeitsministerium. Der frühere „Kampftag der Arbeiterklasse“ wurde zum Symbol der „schaffenden Arbeit“ als „Zeichen der völkischen Verbundenheit“ im „nationalen Sozialismus“.

Ab 1934 hatte er keinen Bezug zur Arbeiterbewegung mehr und hieß nur noch „Nationaler Feiertag des deutschen Volkes“. Mit geschmückten Maibäumen, Liedersingen, Wagenparaden und Militäraufmärschen sollte der Erste Mai als völkisch-neuheidnisches Volksfest ein zentraler Bestandteil der NS-Ideologie werden. An vielen Orten wurde nach dem Berliner Vorbild vom Ersten Mai 1933 sogar Bäume gepflanzt, die sogenannten „Hitler-Eichen“.

Gleichzeitig zerschlugen die Nazis die Reste der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung mit Verfolgung und Terror. Viele wurden in den Konzentrationslagern gemeinsam mit Jüd/innen und „Asozialen“ durch Zwangsarbeit vernichtet. Nicht zufällig lautete die Inschrift im Tor des KZ Dachau: „Arbeit macht frei!“ Erst die alliierten Kriegsgegner/innen, allen voran Sowjetunion und USA, machten der Diktatur am 8. Mai 1945 ein Ende.



Der Erste Mai nach 1945

Im Jahr 1946 wurde der Erste Mai den Alliierten Kontrollrat als gesetzlicher Feiertag bestätigt. Doch die Maikundgebungen durften zunächst nur eingeschränkt durchgeführt werden. Heute ist der Tag in Deutschland ein gesetzlich geschützter Feiertag. Die offizielle Bezeichnung ist Ländersache, in NRW heisst er zum Beispiel „Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenwürde“.

In den staatskapitalistischen Staaten des Ostblocks wurde der Erste Mai als „Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen für Frieden und Sozialismus“ von der marxistisch-leninistischen Regierung verordnet. Eine Teilnahme an den militärischen Aufmärschen mit Tribünen für führende Parteimitglieder und Ehrengästen war für Arbeiter/innen und Schüler/innen meist Pflicht. Als Symbol des Ersten Mai wurde eine rote Nelke verschenkt oder an Denkmälern der Arbeiterbewegung niedergelegt.

Als Zeichen des westlichen Antikommunismus hat dann Pius XII, der in seiner Amtszeit ab 1939 den Faschismus unkritisch geduldet hatte, im Jahr 1955 den Ersten Mai zum Gedenktag für den Heiligen Joseph (den Vater von Jesus) erklärt, da dieser Zimmermann gewesen sein soll.

Seit Anfang der 1980er Jahre wurde in Westberlin (BRD) der Erste Mai zu einem Symbol für militanten Straßenschlachten zwischen Autonomen und der Polizei. An den Barrikadenkämpfen, Plünderungen und Sachbeschädigungen, die hauptsächlich im Stadtteil Kreuzberg stattfinden. nehmen jedoch teilweise auch Anwohner/innen und Zugereiste aktiv teil. Meist ist die abendliche Demonstration der liksradikalen Szene der Anlass für Polizeigewalt und folgende Auseinandersetzugen.

Seit 2001 gibt es in einigen europäischen Städten die „EuroMayday“-Paraden als politische Alternative zu DGB und Straßenschlacht. Die Aktivist/innen wollen weg vom Image des Schwarzen Blocks und feiern



ausgelassen mit Popmusik und Kostümumzügen den Widerstand der unorganisierten, prekarisierten Arbeiter/innen.

Heute ist der Erste Mai ein gesetzlicher Feiertag in Deutschland, Österreich und Teilen der Schweiz, aber auch in Ländern, wie Brasilien, China, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Mexiko, Nordkorea, Portugal, Russland, Schweden, Thailand und Türkei - obwohl trotzdem die Maidemonstrationen in einigen Staaten verboten werden und teilweise anlass für Polizeigewalt und Verhaftungen werden.

Aber die meisten Maidemonstrationen sind Ausdruck einer traditionellen Arbeiterbewegung und der kommunistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien, die sich in Stellvertreterpolitik und Parlament schon lange haben einbinden lassen.

Doch die „Wirtschaftsführer“ von heute brauchen den Ersten Mai nicht mehr, um die Arbeitenden zu befrieden. Das haben die Einheitsgewerkschaften im DGB schon selbst geschafft.

Immer wieder wurde versucht, den Ersten Mai als gesetzlichen Feiertag abzuschaffen, weil auch an diesem Tag ganz normal und ohne Lohnzuschläge gearbeitet werden soll. Doch, ob Feiertag oder nicht: Nur Solidaritätstreiks, Boykott und Direkte Aktionen machen jeden Tag zum Ersten Mai!

Anarchosyndikat Köln/Bonn,
http://anarchosyndikalismus.org

<u>Literatur:</u>

Halfbrodt, Michael: „Generalstreik, Achtstundentag und Erster Mai. Ein Kapitel aus der radikalen Arbeiterbewegung“, Edition Blackbox, Bielefeld 1997

Karasek, Horst (Hg.): „Haymarket. Die deutschen Anarchisten von Chicago. Reden und Lebensläufe“, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1973



Rezension:
"Die Frau des Anarchisten"

Im April 2009 lief bundesweit der Film "Die Frau des Anarchisten" in den Kinos an, eine Erzählung über ein Familienschicksal im Spanischen Bürgerkrieg und dem folgende Exil der politischen Flüchtlinge in der französsichen Résistance.

Es handelt sich jedoch um eine einfühlende Liebesgeschichte der durch Krieg und Flucht zerrissenen Familie von Manuela und Justo Alvarez Calderón, sowie ihrer Kinder Paloma und Rafael. Aber es ist auch eine dramatische Erzählung über die schmerzhafte Erinnerung an den faschistischen Putsch General Francos, dem eine soziale Revolution unter dem Banner der anarchosyndikalistischen CNT-IAA und ein jahrelanger Bürgerkrieg folgten.

Der historische Zusammenhang der Ereignisse ab 1936 wird im Film recht gut dargestellt, auch die Flüchtlingsschicksale der über 500.000 Exilant/innen, die sich in Südfrankreich vor dem Terror der franquistischen Truppen in Sicherheit bringen wollten, die bis Ende des Zweiten Weltkriegs über 300.000 Regimegegner/innen ermordeten.

Aber auch in den französischen Gefangenenlagern des nazi-freundlichen Vichy-Regimes starben im Winter 1939 zehntausende politische Flüchtlinge. Viele Überlebende beteiligen sich später am Widerstand gegen Franco in Spanien. Auch in Frankreich kämpften sie gegen die deutsche Besatzung und ihre Kollaborateure. Manche bleiben sogar nach Francos Tod 1975 dort und waren in der Exil-CNT aktiv.

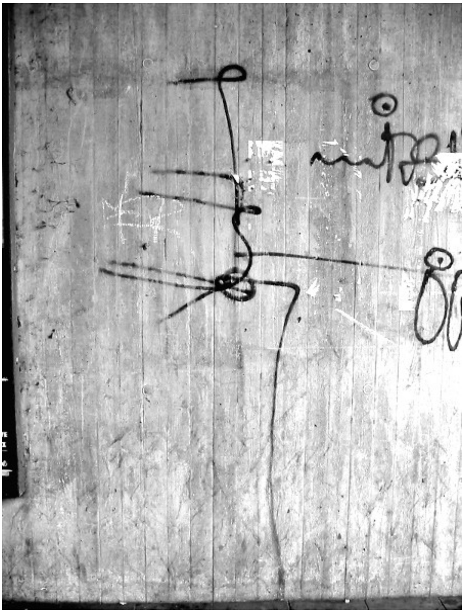
Noch heute kämpft die spanische CNT-IAA um die Erinnerung an ihre gefallenen und ermordeten Genoss/innen, aber auch um ihr von der Diktatur beschlagnahmtes Erbe an Immobilien und Kollektivbetrieben.

Doch erst langsam kommt in Spanien eine längst fällige öffentliche Diskussion über Revolution, Bürgerkrieg und Diktatur in Gang. Mit "Die Frau des Anarchisten" soll bewusst die Erinnerungsdiskussion über die wichtigste Epoche der letzten Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg und dem folgenden Kalten Krieg unterstützt werden. Der Film hat mittlerweile den den Bernhard-Wicki-Friedenspreis des deutschen Filmes, sowie internationale Festivalpreise (wie Sundance 2009), bekommen.

In der deutsch-spanisch-französischen Produktion von Marie Noëlle und Peter Sehr spielt übrigens, neben den Hauptdarsteller/innen María Valverde und Juan Diego Botto, die deutsche Schauspielerin Nina Hoss ("Anonyma", 2008) eine Résistance-Kämpferin mit dem Pseudonym "Lenin". Sie versucht gemeinsam mit anderen ein Attentat auf General Franco, das jedoch tragisch scheitert.

Das Historienepos "Die Frau des Anarchisten" ist nicht nur eine gute Gelegenheit mal wieder eine Veranstaltung zu organisieren, sondern vielleicht auch ein Anlass über den anarchistischen Widerstand gegen die Franco-Diktatur und deren deutsche Unterstützung durch die NS-Fliegerstaffel "Legion Condor" aufzuklären...

NN.,
Anarchosyndikat Köln/Bonn



"Die Frau des Anarchisten"
(Original: "The Anarchist's Wife")

2008, 122 min, FSK: 12,

DVD-Vertrieb ab April 2010

(Good Movies / Zorro Film / Indigo),

http://www.fraudesanarchisten.de

Rezension:
“Divergences“

Ich möchte euch gerne auf das fünfsprachige, libertäre Internet-Magazin Divergences (http://divergences.be) hinweisen, das mehrmals im Jahr - meist zweimonatlich - erscheint. Die Webseite gibt es übrigens seit 2006 und sie ist angemeldet in Belgien. Es scheint mir, dass die Redaktion einen freiheitlich-kommunistischen (teilweise anarcho-situationistischen) Ansatz der Analyse zeitgenössischer Politik und Kultur verfolgt.

<u>Hier deren Selbstdarstellung:</u>

"DIVERGENCES ist eine internationale mehrsprachige libertäre Zeitschrift. Sie erscheint alle zwei Monate. Sie bietet unterschiedliche Bezugspunkte und Analysen und beleuchtet alle aktuellen Bereiche, seien es politische, ökonomische, strategische, wissenschaftliche künstlerische oder ökologische Themen."



Die Themen reichen von Biotechnologie/Ökologie, Wirtschaft, Bildung und Strategie zu Theorie/Praxis und Kritik bzw. aktuellen Debatten. Viele der Artikel sind nach Nationalstaaten oder Kontinenten sortiert, aber es gibt auch übergreifende Bereiche, wie Kino, Kunst, Musik, Poesie, Fotos, Videos und Bücher.

Die Themen Einwanderung, Religion, Rassismus, Psychologie, Gesundheit und Gefängnisse werden ebenso angesprochen, wie Antimilitarismus, Anti-Atom und alternative Globalisierung. Auch auf kommende, international interessante Ereignisse, Aktionen und Kampagnen (wie G8, Olympiade und NATO-Gipfel) wird hingewiesen.

Artikel von und über Organisationen, wie die Anarchist Against The Wall (AATW) aus Israel/Palästina oder die APPO im mexikanischen Oaxaca, werden dort ebenfalls veröffentlicht. Zudem gibt es manchmal auch Rezension anderer Zeitschriften, ebenso wie historische Hintergrundartikel. Als besonderen Service lassen sich alle Artikel auch als vorformatiertes PDF-Dokument ansehen und ausdrucken.

Ausser dem Blog von "Nestor Potkin", einem Archiv aller bisherigen (und zeitlos lesenswerten) Ausgaben und der üblichen Suchfunktion

gibt es noch die Möglichkeit für Rückmeldungen und die Veröffentlichung von Leser/innen-Briefen. Im Index werden alle wichtigen Stichwörter aufgelistet und es gibt auch einen Newsletter zu bestellen. Interessant an dem eher schlichten Design der Webseite, das dankenwerterweise auf knallige Logos und martialische Graphik verzicht, ist die ocker-fliederne Farbkombination des Seiten-hintergrunds.

Leider ist nicht jeder Artikel in alle fünf Sprachen (Français, English, Deutsch, Español, Português) übersetzt, aber die Seite bietet mehrsprachig Interessierten einen guten Einstieg in die Welt aktueller anarchistischer Debatten - jenseits von FAU-Jargon und Graswurzel-Theologie.

Der Titel "Divergenzen" bedeutet im Deutschen übrigens
"auseinandergehende / entgegengesetzte Meinungen" :-)

N.N.,
Anarchosyndikat Köln/Bonn, Juli 2008

Vom Laien für Kenner:

Cuisine du peuple

Veganes Sammelrezept Nr. 3

Gerstenbratling (Vegan Burger)

für 2-4 Personen

2 Zwiebeln
340g Nacktgerste
100g Vollkorngries
2 Knoblauchzehen
120g vegane Pastete (siehe unten)
800 ml Gemüsebrühe
2 EL frischer feingehackter Majoran oder 1 TL getrockneter Majoran
4 EL feingehackte frische Kräuter,
Muskat, Kräutersalz
Sesamöl (nach Belieben Kokosöl)

Zubereitung:

Gemüsebrühe erhitzen. Feingehackte Zwiebel, feingeschrotete Gerste und den Vollkorngries zugeben. Kräftig rühren, damit es keine Klümpchen gibt. Zu einem dicken Brei ausquellen lassen und den zerdrückten Knoblauch, den Pastetenaufstrich und Majoran zugeben. Mit Muskat und Kräutersalz abschmecken.

Kleine Bratlinge formen und beidseitig in Öl goldgelb braten. Brötchenhälften mit Pastete bestreichen und mit Blattsalat und Tomatenscheibe garniert servieren (oder mit Beilagen eurer Wahl: Kartoffeln, Bohnen, Reis,...)

Pastete / Aufstrich

100g Tofu
2-3 EL Tomatenmark (etwa 100g)
2-3 EL Sojamilch
1/4 kleine Schalotte
1 EL Hefeflocken

1 TL Sojasauce
1 TL Paprikapulver
1 TL Essig (oder Zitrone)
1 Prise Zucker, Salz

Tofu grob zerbröckeln und sämtliche Zutaten
(außer der Schalotte) pürieren.
Schalotte schälen und sehr fein würfeln, dann unterheben.
Variante: um einen gleichmäßigen Aufstrich zu erhalten,
kann die schalotte ebenfalls mitpüriert werden,
dann eventuell etwas weniger nehmen

Bon Appetit!



Bildung für alle - und zwar umsonst!



Herausgeber/innen:

Allgemeines Syndikat Nordhessen (ASN)
c/o Freies Radio Kassel,
Sandershäuser Str. 34
34123 Kassel, Germany
asn.kassel@freenet.de

und

Anarchosyndikat Köln/Bonn
c/o Buchladen "Le Sabot"
Breite Str. 76,
53111 Bonn, Germany
educat@anarchosyndikalismus.org

gemeinsame Webseite:
http://anarchosyndikalismus.org

[Redaktionsschluss: Sommer 2010; ViSdP: A. Nashie, Bonn]